

Datum: 15.06.2011

Basler Zeitung

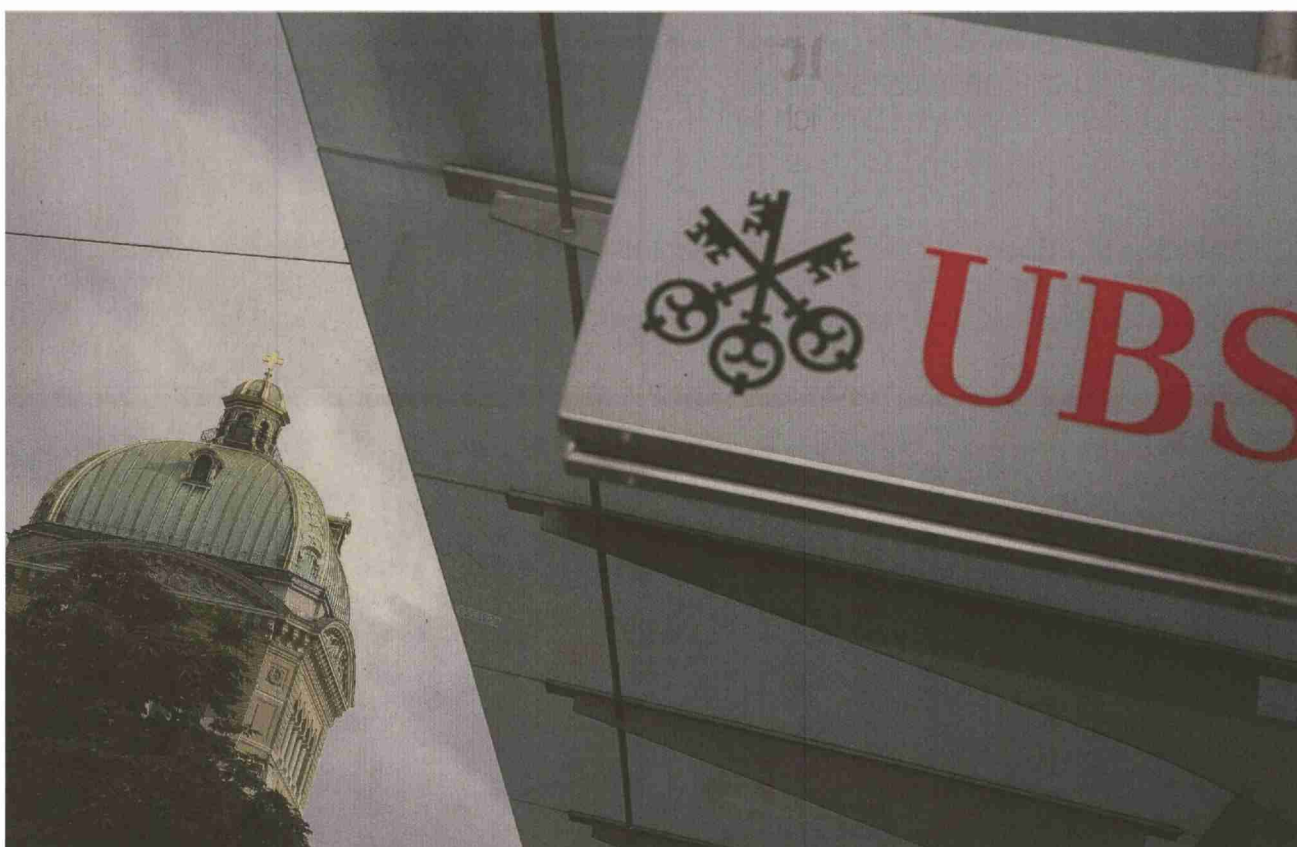
Die Zeitung der Nordwestschweiz

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 2
Fläche: 66'471 mm²



Grossbanken im Bundeshaus. Der Ständerat sprach sich gestern dafür aus, dass die Zügel angezogen werden müssen – die Frage ist bloss, wie stark. Foto Keystone

«Die Staatsgarantie gibt es weiterhin»

Too-big-to-fail-Vorlage schade dem Finanzplatz nicht, sagt Professor Manuel Ammann



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 2
Fläche: 66'471 mm²

INTERVIEW: ALAN CASSIDY, Bern

Manuel Ammann, Direktor des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen an der Universität St. Gallen, begrüsst die schärferen Eigenmittelvorschriften für Schweizer Grossbanken.

BaZ: Der Ständerat will wie der Bundesrat strengere Regeln für Grossbanken. Ist damit die wichtigste Lektion aus der Finanzkrise gelernt?



MANUEL AMMANN: Die Stossrichtung stimmt, indem eine wichtige Lektion gelernt wurde: Wir haben systemrelevante Grossbanken, für die eine implizite Staatsgarantie besteht. Damit diese nicht bankrott gehen können, braucht es stärkere Massnahmen. Mit den erhöhten Eigenmittelanforderungen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

Die Ratsrechte forderte, dass diese Eigenmittelvorschriften für die ganze Konzerngruppe gelten sollen und nicht auch noch für die einzelnen Unternehmensbereiche. Was halten Sie davon?

Es ist grundsätzlich sinnvoll, die Eigenmittelvorschriften auf der Konzernebene zu regeln. Wenn dies nun dazu führt, dass einzelne Bereiche innerhalb eines Konzerns tatsächlich sehr unterschiedlich mit Eigenmitteln ausgestattet sind, hat der Bund Ausnahmeregelungen in Aussicht gestellt. Deshalb ist das kein gravierendes Problem.

UBS und Credit Suisse rechnen mit bis zu 30 Milliarden Franken zusätzlichem Eigenkapital, das sie mit der Lösung des Bundesrats aufbringen müssten. Ist das realistisch?

Das lässt sich so nicht beziffern, weil die zusätzlichen Eigenmittelanforderungen stark von der Risikogewichtung abhängen, welche die Grossbanken vornehmen. Die Banken haben es also selber in der Hand, wie viel Eigenmittel sie unterlegen müssen.

Die Vorlage soll Grossbanken «konkursfähig» machen. Würde der Staat bei der nächsten Krise tatsächlich zuschauen, wie eine grosse Bank oder Teile davon in Konkurs gehen?

Nein, dieses Ziel ist auch gar nicht realistisch. Es muss vielmehr darum gehen, die Grossbanken in eine Situation zu bringen, in der ein Konkurs weniger wahrscheinlich ist als bisher. Für mich ist aber klar, dass der Staat im Krisenfall immer noch einspringen würde.

Dann bliebe die implizite Staatsgarantie aber bestehen.

Das ist so. Die strengeren Vorgaben machen das Eingreifen des Staates jedoch weniger wahrscheinlich. Damit sinkt auch der Wert dieser Subvention, welche diese Gratis-Staatsgarantie ja eigentlich darstellt.

Schadet diese Vorlage dem Bankenplatz, wie immer wieder behauptet wird?

Davon gehe ich nicht aus. Die höheren Eigenmittel sollen ja nicht durch zusätzliches Aktienkapital erbracht werden müssen, sondern durch Co-co-Bonds (Anleihen, die im Krisenfall in Aktien umgewandelt werden; Anm. d. Red). Diese haben den grossen Vorteil, dass sie die steuerlichen Vorteile von Fremdkapital verbinden mit den Vorteilen von Eigenkapital, das Verluste absorbieren kann. Die Kosten, die den Banken nun entstehen, sind deshalb nicht so gross, wie

zum Teil vermutet wird.

Sind strengere Vorgaben ökonomisch gesehen ein Standortvorteil oder ein Nachteil?

Es muss kein Nachteil sein. Wenn eine Bank höhere Eigenmittel hat, sinkt auch die Konkurswahrscheinlichkeit, und entsprechend werden die Aktionäre und Obligationäre weniger hohe Risikoprämien einfordern. Und was die Kundenbeziehungen der Banken betrifft, so generieren die höheren Eigenmittel mehr Vertrauen.

Sie rechnen also nicht damit, dass die Grossbanken die Schweiz verlassen werden, wie das UBS-Chef Oswald Gröbel angedroht hat?

Nein. Für unsere Grossbanken ist der hiesige Markt schlicht zu wichtig.

Wie reagieren die ausländischen Finanzplätze auf die neuen Vorgaben?

Im Ausland beobachtet man die Entwicklungen genau. Zum Teil sind dort ähnliche Bestrebungen im Gang, die allerdings meist noch nicht so weit fortgeschritten sind und wohl auch weniger weit gehen werden. Aufgrund der überproportional grossen Bedeutung ihres Finanzsektors ist die Schweiz aber auch in einer anderen Situation.

Auf welche Details kommt es jetzt besonders an?

Vieles wird davon abhängen, wie der Markt für die Co-co-Bonds ausgestaltet wird. Diese sollten auch hierzulande ausgegeben werden, nicht nur im Ausland. Wir wissen auch noch nichts darüber, wie die Umwandlung dieser Anleihen im Krisenfall konkret funktionieren würde. Da wartet noch viel Arbeit auf uns, aber die Stossrichtung stimmt.